

## Aufgabe 1

- a) Der Staat versucht, durch Erhöhung seiner Ausgaben für Güter und Faktorleistungen (direkt) und/oder Transferausgaben und/oder eine Verringerung der Steuern (indirekt) die Gesamtnachfrage anzuregen. In einer offenen Volkswirtschaft fließt ein Teil der zusätzlichen Gesamtnachfrage ins Ausland (Importe steigen); bei hohem Importanteil wird die Wirkung der staatlichen Maßnahmen gedämpft. Werden die zusätzlichen Staatsausgaben kreditfinanziert, kann es durch steigende Zinssätze zur Verdrängung privater Investitionen kommen. Steigende Zinsen und beginnender wirtschaftlicher Aufschwung locken jedoch ausländisches Kapital an, was den Zinsanstieg ggf. dämpft.
- b) Werden zusätzliche staatliche Mehrausgaben durch Steuererhöhungen finanziert, kann die expansive Wirkung der Mehrausgaben durch die steuerbedingte Minderung der privaten Nachfrage weitgehend oder völlig wettgemacht werden. Verschuldung ist kein Problem, wenn auftretende Überschüsse in Hochkonjunkturphasen zur Rückzahlung der Kredite dienen. Dem stehen allerdings in der Praxis politökonomische Probleme entgegen.
- c) Der Erfolg der expansiven Geldpolitik (z. B. Zinssatzsenkung, Liquiditätsbereitstellung, Mindestreservesatzsenkung) ist unsicher, da nicht gewiss ist, ob Wirtschaftssubjekte bereit sind, sich mit zusätzlichen Krediten zu belasten (Erwartungen, Stimmung der Wirtschaft). Konjunkturbelebungen in dieser Phase sind „kritischer“, da die Wirtschaftssubjekte sich auf diese Phase bereits intensiv eingestellt haben. Investitionen/Kredite aller Art sind zwar relativ „günstiger“, deren Nutzen wird aber kritischer geprüft.
- d) Alle staatlichen Maßnahmen im Bereich der außenwirtschaftlichen Beziehungen sind möglich, somit zur Konjunktursteuerung (hier: Konjunkturbelebung) geeignet:
- Importbehinderung (Vorteil für inländische Produzenten)
  - Exportsubventionen
  - Währungsabwertung (Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit)
- Erfolg zweifelhaft, weil Wirtschaftspartner Handelseingriffe ihrerseits beantworten werden (Vergeltungsmaßnahmen). Stabilitätsgesetz fordert zudem „außenwirtschaftliches Gleichgewicht“, keine fallweise Beeinflussung (Erzeugung von Überschüssen oder Defiziten).

## Aufgabe 6

- a) – **Materialorientierung:**
- billigste Transportkosten für notwendige Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (spielt für Finanzdienstleistungsunternehmen keine Rolle)
- **Arbeitsorientierung:**
- bedeutsam für arbeitsintensive Betriebe; nicht ausschließlich gleichzusetzen mit Kosten des Faktors Arbeit – ist auch eine Frage des Vorhandenseins qualifizierter Arbeitskräfte (z. T. von hoher Relevanz für Finanzdienstleistungsunternehmen)

**GEPRÜFTE/- R VERSICHERUNGSFACHWIRT/-IN**  
**Lösungsvorschlag Betriebs- und Volkswirtschaft vom 6. Oktober 2004**

– **Abgabenorientierung:**

Steuersystem am Standort (i. d. R. auf nationaler Ebene kaum Unterschiede – teilweise. jedoch durch gezielte Standortpolitik des Staates/Förderungsprogramme usw. gezielte Schaffung von Vorteilen; auch durch Steuerdifferenzierung infolge dezentraler Verwaltung/Gemeindesteuern)

Gesichtspunkt Transportkostenminimierung bzw. Wechselmöglichkeiten auf andere Transportmittel; Energieorientierung heute kaum noch relevant (kaum relevant für Finanzdienstleistungsunternehmen wegen Art des Produktes)

– **Umweltorientierung:**

gesetzliche Auflagen für Produktion, Beschränkungen in bestimmten Regionen (hohe Bevölkerungsdichte usw.)

– **Absatzorientierung:**

Erreichung optimaler Absatzmöglichkeiten für das Unternehmen (bedeutsam für Finanzdienstleistungsunternehmen)

→ Ist Auswahl für den Standort auf nationaler Ebene erfolgt, gilt es, die lokalen Standortfaktoren zu untersuchen (zentraler Standort oder an der Peripherie usw.).

→ Aspekt der Dezentralisierung beachten – Umgehung/Minimierung der Nachteile bei Festlegung auf einen Standort (z. B. unterschiedliche Anforderungen aus Sicht des Vertriebes und der Verwaltung)

b) **Vorteile** sind z. B.:

- günstige Verkehrsinfrastruktur (Autobahnen, Bahn, Flugplatz)
- Nähe zum politischen Machtzentrum in Berlin
- eventuell günstige Grundstückspreise
- eventuell Subventionen für die Schaffung von Arbeitsplätzen

**Nachteile** können sein:

- hohes Lohnniveau gegenüber osteuropäischen Ländern
- hohe Grundstückspreise bzw. Mietpreise gegenüber einem Standort in Osteuropa